

Hans-Jürgen Urban

„Beruflichkeit“ für gute Bildung und gute Arbeit

Referatstext für den WS „Berufsbildung aus einem Guss“

Im Rahmen des Projektes

„Ein gemeinsames Leitbild für die betrieblich-duale und die hochschulische Berufsbildung“

am 21. und 22. Januar 2014

Frankfurt/Main - Saalbau Gallus

- **Es gilt das gesprochene Wort -**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich will in meinem Beitrag

- auf die Ziele eingehen, die wir mit dem Leitbild der „erweiterten modernen Beruflichkeit“ verbinden,
- mir wichtige Schwerpunkte des Leitbilds vorstellen,
- zentrale Schlussfolgerungen für die Bildungs- und Arbeitspolitik der IG Metall ziehen und
- einen Ausblick für die weitere Diskussion in der IG Metall, aber auch über sie hinaus geben.

Welche Ziele verbinden wir mit dem Projekt?

Eine, vielleicht die zentrale Aussage des Leitbildes ist, dass es aufgrund der ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen möglich, notwendig und politisch sinnvoll ist, betrieblich-duale und hochschulische Bildungsprozesse unter dem Dach einer gemeinsamen Berufsbildungsperspektive zu diskutieren.

Erweiterte moderne Beruflichkeit – ich darf aus dem Text zitieren – „ist ein neuer Kompass für gewerkschaftliches Handeln in einer gemeinsamen Reformperspektive für die Hochschulen und die betriebliche-duale Ausbildung“.

Das ist die Kernaussage des Leitbildes.

Damit steht die Auseinandersetzung mit dem, was man gemeinhin „Akademisierung der Arbeitswelt“ nennt, im Zentrum der Diskussion.

Glaubt man dem, was allerorten zu lesen ist, dann ist das Studium die Regelqualifizierung für den Beruf.

Wollen wir, dass alle studieren?

Wo sehen wir die Zukunft der betrieblich-dualen Ausbildung?

Wie soll sehen wir das Verhältnis von Studium und beruflicher Aus- und Fortbildung?

Das sind einige der Fragen, die im Projekt bearbeitet wurden.

Die doppelten Jahrgänge der sog. G8 – Schulabgänger haben dazu geführt, dass die Studienanfängerzahl im letzten Jahr die 50-Prozent-Marke überschritten hat.

Für 2012 geht das Statistische Bundesamt genau von 54,7 Prozent aus.

Auch in Zukunft wird mit hohen Studienanfängerzahlen gerechnet.

Ulrich Teichler, der Kasseler Hochschulforscher, macht folgende „Rechnung“ auf:

*„Würden wir heute eine Prognose publizieren, dass um 2030 etwa 80 Prozent ein Studium aufnehmen, etwa 60 Prozent ein Studium erfolgreich abschließen, 30 Prozent dann eine als typisch geltende Akademikerposition einnehmen und von den weiteren 30 Prozent die Mehrzahl auch irgendwie etwas mit den im Studium erworbenen Kompetenzen anfangen könnte, so wäre wirklich niemand überrascht.“
(Teichler 2013)*

Teichler spricht in demselben Beitrag von der „Hochschule für fast alle“.

Ich frage, was passiert mit denen, die nicht dazu gehören?

Soll berufliche Bildung in Zukunft eine Qualifizierung für den übrig gebliebenen Rest derer sein, denen keine Hochschulreife attestiert werden kann?

Es gibt Positionen bis in die Gewerkschaften, welche die künftige Entwicklung genauso wie beschrieben erwarten und diese im Prinzip gut finden.

Und sie begründen dies u.a. mit den besseren Arbeitsmarktchancen, den im Durchschnitt besseren Entgelten und den größeren Chancen an sozialer Teilhabe für hochschulisch qualifizierte Beschäftigte.

Tatsächlich unterscheidet sich das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen von Erwerbstätigen mit einem Abschluss in der beruflichen Fortbildung und denen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss um mehrere hundert Euro.

Deshalb müssen wir diese Argumente ernst nehmen.

Sie zeigen, was noch zu tun ist, um die Gleichwertigkeit in den Beschäftigungsverhältnissen und Entgelten durchzusetzen.

Die Vertreter der Position für mehr Hochschulabsolventen klammern in der Regel den Blick auf den künftigen Bedarf von Akademikern aus.

In Deutschland wird nach unterschiedlichen Berechnungen, u.a. in der Langfristprognose von BIBB und IAB, der künftige Qualifikationsbedarf ermittelt.

Die jüngste BIBB/IAB – Berechnung kommt zu folgenden interessanten Ergebnissen:

Der Anteil der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung lag 2010 bei ca. 58 Prozent; 2030 wird er auf knapp 51 Prozent geschätzt.

Der Anteil der Beschäftigten im mittleren Segment beruflicher Fortbildung (Techniker, Meister, Betriebswirte) bleibt mit knapp 10 Prozent konstant.

60 Prozent bleiben auf absehbare Zeit also im Segment der beruflichen Aus- und Fortbildung.

Der Anteil der akademisch Beschäftigten wird von gegenwärtig ca. 18 Prozent auf 24 Prozent steigen.

Und – um diesen Sachverhalt nicht zu unterschlagen – auch für 2030 wird der Anteil derer, die überhaupt keinen Berufsabschluss haben, auf knapp 6 Prozent geschätzt.

Deshalb ist uns wichtig, dass Berufsbildung auch auf Inklusion zielt.

Damit ist eine berufliche Bildung gemeint, die niemanden aufgrund seiner sozialen oder ethnischen Herkunft, aufgrund seines Geschlechts oder aufgrund von Behinderung ausschließt.

Felix Rauner und Gerhard Bosch haben in verschiedenen Beiträgen darauf hingewiesen, dass mit der zunehmenden Zahl von Hochschulabsolventen auch das Risiko ihrer unterwertigen Einsatzes steigt.

Damit sind aber auch betriebliche Konflikte verbunden.

Denn unterwertiger Einsatz – das heißt im Betrieb, dass Absolventinnen oder Absolventen von Bachelorstudiengängen vielfach Arbeitsplätze besetzen, die eigentlich Absolventen der dualen Ausbildung vorbehalten sind.

Aber auch die Arbeit der Akademiker ist zusehends gefährdet.

Fast jeder dritte hochschulisch qualifizierte Arbeitnehmer ist nach Aussagen des IAB atypisch beschäftigt.

Es gibt Länder mit einer hohen Akademikerquote, ich denke an Kanada, Australien oder die USA, da ähneln die Bachelorstudiengängen einer vollschulischen Berufsausbildung.

In Ländern mit – ich zitiere Gerhard Bosch – „abnehmender Bedeutung der Berufsausbildung wird das freiwerdende Bildungsterrain von der akademischen Ausbildung übernommen“ (Bosch 2012, S. 26).

Aber es gibt auch Länder mit einer funktionierenden Berufsbildung.

Dort ist der Anteil der Studierenden deutlich geringer.

Und der Anteil Hochschulabsolventen, die auf dem Arbeitsmarkt eine adäquate Beschäftigung finden, ist entsprechend größer.

Politisch heißt das: Anstatt einer „Hochschule für fast alle“, anstatt Studienanfängerquoten von 80 Prozent und mehr brauchen wir ein ausgewogenes Verhältnis von betrieblich-dualer und hochschulischer Berufsbildung!

Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Schon längst ist die Diskussion über den drohenden Fachkräftemangel deshalb keine Akademikerdiskussion mehr.

Man muss schon genauer hinschauen und nach Fachrichtungen, Berufsgruppen und Regionen unterscheiden.

Unter qualitativen Gesichtspunkten verbirgt sich hinter dem Schlagwort der Akademisierung die These, dass die Anforderungen in der Arbeitswelt zunehmend abstrakter und theoriebehafteter werden.

Diese Diskussion lässt sich mit einem anderen Schlagwort, nämlich dem der „Wissensgesellschaft“, überschreiben.

Dabei ist diese Diskussion gar nicht neu:

Ein amerikanischer Soziologe, Daniel Bell, popularisierte das Konzept der Wissensgesellschaft 1973 mit seiner Studie *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*.

Darin versuchte er zu zeigen, dass theoretisches Wissen die wichtigste Ressource der post-industriellen Gesellschaft darstelle, während in industrialisierten Gesellschaften Arbeit, Rohstoffe und Kapital die zentrale Rolle spielten.

Die IG Metall hat diese Debatte immer kritisch gesehen – u.a. auch, weil mit der These der post-industriellen Gesellschaft die Behauptung verbunden wurde,

dass die traditionellen Interessengegensätze der „Industriegesellschaft“, die zwischen Kapital und Arbeit oder zwischen Hand- und Kopfarbeit, keine Bedeutung mehr haben sollten.

Diese Debatten ziehen sich bis in die Gegenwart:

Das Forschungsinstitut Berufliche Bildung und namentlich Eckart Severing haben um das Jahr 2000 herum die These über die „Entberuflichung der Erwerbsarbeit“ aufgestellt.

Es wurde behauptet, dass Berufe keine Zukunft hätten und dafür wurden zwei Argumente ins Feld geführt:

Erstens das Vordringen eines neuen Arbeitstypus, den der „Wissensarbeit“.

Zweitens– übrigens im Einklang mit Martin Baethge – die „Vermarktlichung von Arbeitsorganisation und Arbeitsbeziehungen“.

Der Begriff der „Wissensarbeit“ ist umstritten.

Er blendet aus, dass auch das berufliche Handeln sog. Wissensarbeiter, also Programmierer, IT-Fachleute etc., auf berufliche Erfahrung angewiesen ist.

Deshalb ist er Terminus in seiner Allgemeinheit wenig aussagekräftig.

Er wird in der Regel auch auf alle Arbeitstypen bezogen.

Und er differenziert in der Regel nicht zwischen

- explizitem und implizitem Wissen,
- nicht zwischen kognitivem und Erfahrungswissen.

Die „Vermarktlichung der Arbeitsbeziehungen“ – ich nehme diesen Terminus gerne auf – ist dennoch eine der großen aktuellen Herausforderungen.

22 Prozent der Beschäftigten in Deutschland arbeiten aktuell in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Allein knapp 5 Mill. Beschäftigte üben derzeit ausschließlich einen Minijob aus.

Deswegen wundert es nicht, wenn in der Beschäftigtenumfrage der IG Metall 88 Prozent der Befragten „unbefristete Arbeit“ als wichtigsten Anspruch an gute Arbeit ausgeben.

Dicht gefolgt von einem verlässlichen und guten Einkommen.

Und immerhin knapp über 51 Prozent fühlen sich ständig oder häufig gehetzt oder unter Zeitdruck.

Eine nahezu gleichgroße Gruppe sieht Mängel bei der Bereitstellung und Unterstützung betrieblicher Weiterbildung.

Berufliche Bildung – so eine These des vorliegenden Leitbildes – muss die Beschäftigten befähigen,

die Unsicherheiten prekärer und zunehmend entgrenzter Arbeit zu erkennen und eigene –berufsbiografische Interessen – zu entwickeln und diese im Rahmen von Interessenvertretung auch durchzusetzen.

Die Beruflichkeit von Arbeit ist ein Beitrag für unsere Politik gegen Deregulierung.

Sie ist eine Alternative zur Vermarktlichung beruflicher Qualifizierung, die der Vermarktlichung der Arbeitsbeziehungen nahezu auf dem Fuß folgt.

Oder positiv formuliert:

Beruflichkeit ist Teil eines Konzeptes für die Regulierung von Arbeitsverhältnissen.

Die Auseinandersetzung um Beruflichkeit wird Teil unserer Kampagne für gute Arbeit.

Schwerpunkte der erweiterten modernen Beruflichkeit

Mit dem Leitbild grenzen wir uns ab von einem traditionellen auf den sog. Lebensberuf zielenden Berufskonzept, von der Idee, dass ein Beruf das ganze Leben hält.

Wir bauen wir auf dem im letzten Jahrzehnt maßgeblich von der IG Metall entwickelten Konzept der „modernen“ Beruflichkeit auf.

Und „erweitern“ das Konzept, indem wir „Beruflichkeit“ als Richtschnur für eine gemeinsame Perspektive von betrieblich-dualer und hochschulischer Berufsbildung verstehen wollen.

Unter moderner Beruflichkeit verstehen wir,

- dass spezialisierte und detaillierte Berufe zusammengefasst werden, (es gibt noch immer über 300 Einzelberufe – die Bologna-Reform hat dazu geführt, dass heute 16.000 Bachelor- und Masterprogramme angeboten werden!)
- dass sich berufliches Lernen auf reale Arbeits- und Geschäftsprozesse bezieht,
- und im Rahmen der Entwicklung einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz das selbstständiges Handeln gefördert wird – in den Betrieben ebenso wie an den Hochschulen.

Mit dem Leitbild möchten wir politische Akzente setzen:

1. für die Sicherung und Stärkung von Beruflichkeit;
2. für die Weiterentwicklung von Beruflichkeit;
3. für mehr Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit;
4. für die stärkere Verankerung von Beruflichkeit im Studium.

Das Leitbild versteht sich als ein Beitrag zur Weiterentwicklung von Beruflichkeit sowohl in der betrieblich-dualen als auch für die hochschulische Berufsbildung.

Es ist angelegt als „Bildungskonzept“ und als „Politikkonzept“.

Wir gehen davon aus, dass es Bildungsbereich übergreifend möglich ist, gemeinsame Qualitätsmaßstäbe für berufliches Lernen zu beschreiben.

Das Leitbild der erweiterten modernen Beruflichkeit zeigt auf, wohin die Richtung geht - sowohl in der beruflichen Bildung wie in der Hochschulpolitik.

Ich denke beispielhaft an die sog. Ordnungsarbeit, an die Arbeit der Prüfer oder die Praxis betrieblich-dualer Ausbildung in Betrieben und Berufsschulen, an die Studienganggestalter in den Hochschulen und an die Praxis der Akkreditierung.

Das Leitbild gibt gemeinsame Anregungen für die Gestaltung beruflicher Lernprozesse in beiden Feldern, in der betrieblichen-dualen wie in der hochschulischen Bildung.

Was soll, was kann in der betrieblich-dualen Ausbildung umgesetzt werden?

Ich will die bevorstehende Arbeit an einigen Fragen erläutern:

1. was heißt „Beruflichkeit“ im Zusammenhang zunehmender Informatisierung (z.B. Industrie 4.0)?
2. wie lassen sich in der Berufsbildung die sog. berufsbiografischen Kompetenzen stärken, Kompetenzen, mit denen die Beschäftigten angesichts zunehmender Unsicherheiten gestärkt werden sollen?
3. Wie lässt sich „forschendes Lernen“ – eher ein Konzept der Hochschuldidaktik – stärker im beruflichen Lernen verankern?
4. Wollen wir in der beruflichen Ausbildung – zumindest optional – eine Studienorientierung verankern, um für diejenigen, die ein Studium anschließen wollen, vorhandene Schwellen abzusenken?

Große Debatten sehe ich auch aus dem Hochschulbereich kommen.

Das Leitbild setzt einen wichtigen Studienreformimpuls, weil es Beruflichkeit auch für die Hochschulen definiert und ganz praktische Vorschläge macht, wie z.B.

- die Lernortkooperation,
- das Arbeits- und Geschäftsprozess orientierte Lernen
- oder die Aussagen zum Verhältnis von Theorie und Praxis im beruflichen Lernen.

Einerseits ist im politischen Diskurs weitgehend unumstritten, dass die berufliche Qualifizierung gerade im Rahmen der Bachelorstudiengänge ein notwendiges und wichtiges Qualifikationsziel ist.

In allen Landeshochschulgesetzen finden sich entsprechende Formulierungen.

In den professionsbezogenen Studienfächern, wie die Ingenieur- und Naturwissenschaften, ist die Berufsorientierung Form relativ fest verankert.

Andererseits werden sich aber andere Fächer, wie die Soziologie, schwer tun, Wissenschafts- und Berufsorientierung in dem im Leitbild angedeuteten Verhältnis umzusetzen.

In Teilen der hochschulpolitischen Diskussion wird in der Berufsorientierung ein Moment der weiteren Ökonomisierung akademischer Bildung gesehen.

Die Tendenzen der Ökonomisierung der Hochschulen sind nicht von der Hand zu weisen.

Sollen sich die Hochschulen den Interessen der Wirtschaft unterordnen?

Soll nur noch gelehrt und geforscht werden, was Profit bringt?

Im aktuellen hochschulpolitischen Programm hat der DGB dazu einiges ausgeführt und sich politisch für die Demokratisierung und für die stärkere soziale Verantwortung von Hochschulen ausgesprochen.

Die IG Metall tritt für den Bestand kritischer Wissenschaft ein!

Ein ausschließlich auf wirtschaftliche Zwecke reduziertes Verständnis beruflicher Bildung lehnen wir ab.

Berufliche Bildung beinhaltet auch persönliche Bildung, leitet zu Reflexivität und kritischem Denken an. Auch berufliche Bildung – um ein schönes Zitat von Hentigs zu nutzen – „klärt die Dinge und stärkt die Menschen“.

Unser Konzept von Beruflichkeit ist ein politisches Konzept – es hat weitreichende Konsequenzen für unsere Arbeitspolitik, für Betriebs- und Tarifpolitik und reicht bis in die Gesellschaftspolitik.

Dennoch: Ich vermute, dass wir an dieser Stelle, vielleicht auch an anderen, noch nachlegen müssen, um Missverständnisse und Vorbehalte abzubauen.

Schlussfolgerungen

Im Abschnitt zum „Politikkonzept“ werden drei Fragen aufgeworfen:

1. Was muss getan werden, um das Leitbild praktisch umzusetzen?
2. Wo unterstützt das Leitbild zentrale politische Anliegen und Kampagnen der IG Metall?
3. Welche zusätzlichen Chancen entstehen für die Beschäftigten?

Nur, wenn es uns in den folgenden Monaten gelingt, unsere ehren- und hauptamtlichen Bildungsexperten und die Organisation zu überzeugen, wird das Leitbild erfolgreich sein.

Das Leitbild der erweiterten modernen Beruflichkeit soll dazu beitragen,

- die Chancen der Beschäftigten auf gute Arbeit und gute Bildung zu erhöhen,
- die Qualität der Arbeit zu sichern und zu befördern;
- den sozialen Zusammenhalt zu sichern und gewerkschaftliche Reformpolitik befördern.

Ich will einige praktische Konsequenzen andeuten:

1. Wir beanspruchen, dass uns das Leitbild Anregungen für eine neue Diskussion über die Qualität beruflicher Bildung gibt.

Die im Leitbild aufgeführten Dimensionen der Beruflichkeit können in der Ordnungsarbeit, in der täglichen Ausbildungspraxis in Betrieben und Berufsschulen und bei der Gestaltung neuer Studiengänge Orientierung geben.

2. Wir erwarten Hinweise für neue Lernwege
 - in der Aus- und Weiterbildung,
 - an der Schnittstelle von Betrieb und Hochschule,
 - zwischen betrieblich-dualer Ausbildung und Studium.

3. Über die Betriebs- und Tarifpolitik ließen sich die Perspektiven einer selbstbestimmten Gestaltung der individuellen Qualifikations- und Erwerbswege verbessern.
4. Im Zusammenhang mit der Arbeitspolitik setzen wir uns für gute, kooperative und lernförderliche Arbeitsbedingungen ein.
5. Das Leitbild gibt uns einen neuen Schub für ein seit langem geforderte Weiterbildungsgesetz und für gemeinsame Finanzierungsregelungen für Fortbildung und Studium.

Das Konzept der erweiterten modernen Beruflichkeit zielt im Betrieb und in der Gesellschaft auf eine solidarische Qualifizierungspolitik.

Für die betriebliche Ebene heißt das, sich für eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen für dual Auszubildende wie für Studierende einzusetzen.

In der Weiterbildung müssen neue Wege der sozialen und beruflichen Durchlässigkeit geschaffen werden, z.B. vom Facharbeiter zum Ingenieur oder aus dem Studium in die berufliche Fortbildung.

Es müssen gleichwertige Fach- und Führungskarrieren für betrieblich-duale und hochschulisch Qualifizierte geschaffen und durchgesetzt werden.

Für die gesellschaftliche Ebene bedeutet der Anspruch solidarischer Qualifizierungspolitik, dass wir dem zunehmenden Bildungswettbewerb und der Konkurrenz zwischen Berufsbildung und Hochschule gegensteuern müssen.

Wir benötigen mehr Transparenz, mehr Abstimmung und eine Planung des Einsatzes gesellschaftlicher Ressourcen in der beruflichen und hochschulischen Bildung.

Damit ist auch das Thema „Bildungsplanung“ wieder auf der Tagesordnung.

Ausblick

Erweiterte moderne Beruflichkeit ist ein politisches Konzept:

- Es zielt hierarchieübergreifend auf gute Arbeit und ist auf sie angewiesen.
- Es ist ein Beitrag für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.
- Die soziale und berufliche Durchlässigkeit sollen erhöht werden.

Erweiterte moderne Beruflichkeit soll eine Politik des „Besser statt billiger“ unterfüttern,

sie steht in engem Zusammenhang mit zentralen Kampagnen für gute Arbeit.

Sie wird die Attraktivität der IG Metall bei den Mitgliedern erhöhen.

Erweiterte moderne Beruflichkeit trägt zur Förderung sozialer und technischer Innovationsfähigkeit bei und unterstützt damit auch die Entwicklung gesellschaftlich sinnvoller und nachhaltiger Produktion.

Der Workshop wird das Leitbild diskutieren und zu Schlussfolgerungen für die politische Arbeit der IG Metall kommen.

Danach wird sich der Bildungsausschuss ausführlich mit dem Leitbild befassen und das Leitbild beschließen.

Ich werde den Vorstand der IG Metall über das Projekt und seine Ergebnisse informieren.

Im Herbst planen wir gemeinsam mit ver.di und der Hans-Böckler-Stiftung eine Tagung, auf der wir das Leitbild vorstellen wollen.

Ob das von der Projektgruppe und dem Ressort entwickelte Leitbild der „erweiterten modernen Beruflichkeit“ eine reale politische Kraft entfalten wird, hängt von vielen Größen ab.

Wir stehen nicht am Anfang:

Die IG Metall baut auf ihren Qualifizierungstarifverträgen auf.

Erfolgreich kämpfen wir mit der Kampagne Gute Arbeit gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen.

Wir bauen auf einer guten Qualität der Ordnungsarbeit auf.

Die IG Metall verfügt in der Studierenden- und Hochschularbeit über funktionierende Netzwerke.

Wir verfügen über ein großes Potenzial ehrenamtlicher Kolleginnen und Kollegen.

Daran wollen wir anknüpfen.

Ich meine deshalb, dass es durchaus Chancen gibt, die Diskussion über die Bedeutung der beruflichen Organisation von Arbeit und über das Verhältnis von beruflicher und allgemeiner Bildung in unserem Sinn mitzugestalten.

Wir werden einen Beitrag für mehr Qualität in der beruflichen Bildung leisten.

Gute Bildung und gute Arbeit sind dabei unser gemeinsames Ziel.

Auch wenn das Projekt noch nicht ganz zu Ende ist, darf ich doch der Projektgruppe und dort insbesondere den ehrenamtlichen Kollegen und unseren wissenschaftlichen Beratern herzlich für die bisher geleistete Arbeit danken.

Die Diskussion ist eröffnet.